

## Bremer dürfen fünf Kreuze machen

### Koalition gibt Widerstand gegen neues Wahlrecht auf

Von unserem Redakteur  
Peter Voith

**BREMEN.** Bremens Koalitionsparteien CDU und SPD haben ihren Widerstand gegen ein neues Wahlrecht aufgegeben. Ihre Landesvorstände sprechen sich dafür aus, das Wahlrecht im Sinne der Wahlrechtsinitiative "Mehr Demokratie" zu ändern. Ein Volksentscheid über ein neues Wahlrecht, das mehr als 70000 Bremerinnen und Bremer per Unterschrift gefordert hatten, ist damit nicht mehr notwendig. In einer gestern verbreiteten gemeinsamen Presseerklärung von SPD und CDU heißt es, die "beachtliche Zahl von über 70000" verdeutliche, "dass eine große Zahl von Wählerinnen und Wählern einen größeren Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Parlamente wünscht". Man wolle diesem Wunsch nachkommen - "ungeachtet der nach wie vor bestehenden Bedenken im Hinblick auf einen zunehmend komplizierten Wahlmodus".

Im Kern sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Wähler zur Bürgerschaftswahl fünf Stimmen erhalten, die sie nach Belieben auf Parteien und Kandidaten verteilen können. Damit verlieren die von den Parteien aufgestellten Kandidatenranglisten an Bedeutung. Die Wahlrechtsinitiative hatte in diesem Zusammenhang immer wieder die "Parteien-Kungelei in Hinterzimmern" kritisiert.

SPD und CDU indes stellten klar, dass das neue Wahlrecht noch nicht zur kommenden Bürgerschaftswahl im Mai kommenden Jahres umgesetzt werden könne. Begründung: Es müssten Fristen eingehalten werden.

Die Wahlrechtsinitiative "Mehr Demokratie" zeigte sich überrascht von der Ankündigung. Mit-Initiator Paul Tiefenbach: "Wir begrüßen die, wenn auch späte Lernfähigkeit der Landesvorstände von SPD und CDU." Er forderte die Parteien auf, das neue Wahlrecht schon zur kommenden Wahl umzusetzen. Tiefenbach kritisierte indes, dass SPD und CDU einzelne Teile des Gesetzes - etwa den Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel für die Wahl der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung - noch einmal auf den Prüfstand stellen wollten: "Erst nichts machen, dann Volksbegehren abwarten, schließlich Volksentscheid vermeiden, um dann noch einmal zu diskutieren - das ist unsportlich und auch ein bisschen feige." Auch die Bremer Grünen üben Kritik an dem Verfahren. "Mit diesem Herumgeeiere muss endlich Schluss sein", erklärte Landeschef Dieter Mützelburg. Auch er forderte, den Gesetzentwurf "unverzüglich" umzusetzen". Das "Einknicken der Großen Koalition", meinte Mützelburg, sei ein großer Erfolg für die Bremer Bürger.

Ähnlich äußerte sich die FDP. Wenn jetzt gesagt werde, so Landesvize Magnus Buhlert, dass die Kandidatenaufstellungen schon begonnen hätten, sei dies vorgeschoben, um das neue Recht hinauszuzögern.

Kommentar Seite 2

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Weser-Kurier Seite: 1 Datum: 15.11.2006